

Städtekonferenz Mobilität
Conférence des villes pour la mobilité
Conferenza delle città per la mobilità



Jahresbericht 2016



Jahresbericht 2016

Organisation

Am 12. November 2010 gründeten Schweizer Städte aus allen Landesteilen die Städtekonferenz Mobilität (SKM). Sie streben gemeinsam einen Stadtverkehr im Sinne der «Charta für eine nachhaltige städtische Mobilität» an. Die SKM ist eine Sektion des Schweizerischen Städteverbandes, der für die Geschäftsführung verantwortlich ist.

Anlässe

Wie der Stadtverkehr sicherer wird

Am 20. Juni 2016 diskutierten SKM-Mitgliedstädte mit Vertretern des Bundesamts für Strassen und betroffenen Organisationen darüber, wie die Verkehrssicherheit weiter verbessert werden kann. Die Zahl der im Strassenverkehr Getöteten und der Schwerverletzten ging in den letzten Jahren zurück. Die positive Entwicklung seit der Jahrtausendwende beruht auf der grossen Anstrengung aller Verantwortlichen. Städte und Agglomerationen haben dazu mit geeigneten Massnahmen beigetragen: Neuralgische Stellen wurden systematisch saniert, die Präventionsarbeit wurde intensiviert, die Verkehrssicherheit erhielt grosses Gewicht bei laufenden Planungen. Städte und Agglomerationen setzen ihre Anstrengungen in diese Richtung fort.

Fachseminar zum autoreduzierten Wohnen

In Kooperation mit der «Plattform autofrei/autoarm Wohnen» bot die SKM am 18. Oktober 2016 ein Fachseminar an. An der Veranstaltung in Bümpliz wurde die neuste autofreie Siedlung der Schweiz (Stöckacker Süd) vorgestellt. Die Teilnehmenden erfuhren, wieso diese Siedlung von Immobilien Stadt Bern autofrei realisiert wird und welche Entwicklungen künftig zu erwarten sind.

Behindertengleichstellung im öv

Am 25. Oktober 2016 ermöglichte die SKM ihren Mitgliedern den Zugang zu einer vom Verband öffentlicher Verkehr und der Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz der Kantone organisierten Fachtagung zur Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes. Die Tagung bot einen Überblick über die verschiedenen Umsetzungsinstrumente.

Die Zukunft des Parkens in Schweizer Städten

Der Parkraum ist ein Schlüsselthema der städtischen Verkehrspolitik. Am 28. November 2016 diskutierten

rund 70 Vertreterinnen und Vertreter von Schweizer Städten in Aarau über die Zukunft des Parkens. Ihr Fazit: Der aktuell sichtbare Wandel des Stadtverkehrs muss sich auch in der Parkraumpolitik niederschlagen. Wichtig bleibt ein ausreichendes Angebot für die verschiedenen Verkehrsmittel. Um ein Überangebot zu verhindern, sollen öffentliche und private Parkierung verstärkt zusammen bearbeitet und mehr autoreduzierte Siedlungen bewilligt und gebaut werden.

Schwerpunkte

Parkraum

Die Teilnehmenden des SKM-Fachanlasses vom 28. November 2016 zum Thema Parkraum unterstrichen ihren Willen, ein angemessenes Angebot an Parkplätzen zur Verfügung zu stellen. Zentral ist es, ausgehend von Nachfrage und verkehrspolitischen Zielsetzungen der Stadt den bestehenden Parkplatzmix unter den Verkehrsmitteln zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Im hochwertigen innerstädtischen Raum haben Parkhäuser Priorität, um den Strassenraum zu entlasten. Die Umnutzung von Parkplätzen kann Raum schaffen für stadträumliche Aufwertungen. Öffentliche und private Parkierung sollen möglichst zusammen betrachtet werden. Wo ein Überangebot an Privatparkplätzen besteht oder sich wegen der veränderten Mobilitätsformen abzeichnet, bietet dies mit geeigneten Begleitmassnahmen die Möglichkeiten, öffentliche aufzuheben. Um ein wachsendes Überangebot zu verhindern, sollen verstärkt autoarme und autofreie Siedlungen bewilligt und gebaut werden. Die Schweizer Städte sind dank kurzen Wegen und guten öv-Verbindungen dafür prädestiniert. Realisierte Projekte zeigen, dass autoreduzierte Siedlungen funktionieren. Der intensive Austausch mit verschiedenen Anspruchsgruppen von A wie Anwohnern bis Z wie Zulieferern ist entscheidend, um den Parkraum sinnvoll auf die Anforderungen des künftigen Stadtverkehrs auszurichten. Eine Versachlichung der Diskussion fördert konstruktive neue Ansätze.

Bereits 2015 publizierte die SKM gemeinsam mit der «Plattform autofrei/autoarm Wohnen» (PAWO) das Factsheet «Autoreduziert Planen, Bauen und Wohnen». 2016 setzten SKM und PAWO die Zusammenarbeit fort. Die SKM beteiligte sich an der Organisation eines Fachseminars, im Gegenzug erhielten die Mitglieder Zugang zur Veranstaltung.

Verkehrssicherheit

Die «Charta für eine nachhaltige städtische Mobilität» gibt das Ziel vor, die Sicherheit im Stadtverkehr zu verbessern. Im Frühjahr 2016 präsentierte der Verband der Strassen- und Verkehrsfachleute VSS die revidierte Norm zur Sicherheit auf Fussgängerstreifen an mehreren Veranstaltungen. Vertreter von SKM und Städteverband wirkten am Revisionsprozess mit. Die SKM hatte bereits 2013 ein neues nationales Verkehrssicherheitsziel gefordert. Als Zielsetzung schlug die SKM vor, eine Reduktion sowohl der Verkehrstoten als auch der Schwerverletzten um je einen Viertel innerhalb von zehn Jahren anzustreben. 2016 bekräftigten die Mitgliedstädte der SKM diese Stossrichtung. Die SKM setzt sich dafür ein, dass die Massnahmen des Bundesprogramms Via Sicura umgesetzt werden. Die sicherheitsrelevanten Normen für die Strasseninfrastruktur sind mit Blick auf neue Entwicklungen im Stadtverkehr zu überprüfen. Zum Schutz von Fussgängern und Velofahrenden, insbesondere älteren Personen und Kindern, sollen die gefahrenen Geschwindigkeiten im Stadtverkehr weiter sinken und neue Infrastrukturen wie Fahrradstrassen getestet werden.

Velopolitik

In vielen Städten nimmt das Verkehrsaufkommen zu. Laut Prognosen wird dieser Trend nicht abreißen. Deshalb arbeiten die Verantwortlichen im urbanen Raum darauf hin, dass platzsparende und verträgliche Verkehrsformen wie der öffentliche, der Fuss- und der Veloverkehr eine noch wichtigere Rolle im Stadtverkehr spielen. Die SKM beteiligte sich 2016 an der Vernehmlassung über den Gegenvorschlag zur nationalen Velo-Initiative. Nachdem die SKM 2015 die Ja-Parole zur Initiative beschlossen hatte, zeigte sie sich bereit, den Gegenvorschlag zu unterstützen.

Tempo 30

Die SKM forderte das Bundesamt für Strassen (ASTRA) seit 2013 mehrfach auf, die Bestimmungen zu Tempo-30-Zonen mit Blick auf eine vereinfachte Anordnung der Zonen anzupassen. Gemeinsam mit dem Städteverband steht die SKM diesbezüglich in regelmässigem Kontakt mit der ASTRA-Spitze. Die angekündigte Anhörung zu neuen Grundlagen wurde vom Bundesamt 2016 sistiert. Die SKM wird die Diskussion weiterverfolgen.

Agglomerationsverkehr

Die SKM setzte sich gegenüber dem ARE für den Fortbestand und zugleich für Vereinfachungen bei den

Agglomerationsprogrammen ein, etwa im Rahmen des Fachanlasses 2015. Die SKM verfolgte diese Zielsetzung 2016 weiter und brachte das Anliegen gemeinsam mit dem Städteverband in die Debatte um den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds ein. Zudem unterstützte die SKM ein Forschungsprojekt, das für den Stadt- und Agglomerationsverkehr relevante VSS-Normen eruieren und Anpassungsbedarf ausloten soll.

Behindertengleichstellung

Im Hinblick auf einen kontinuierlichen Erfahrungsaustausch zur Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes BehiG auf kantonaler und städtischer Ebene stellte die SKM in Zusammenarbeit mit dem Städteverband bereits 2015 eine Liste mit Umsetzungsverantwortlichen in Stadtverwaltungen zusammen. Auf Basis der Liste hatten Mitglieder der SKM 2016 Zugang zu einer Best-Practice-Tagung. Über die kantonalen Tiefbauämter haben nun städtische Fachpersonen zudem Zugang zu einer digitalen Wissensplattform.

Publikationen

Update Umverkehr-Initiativen

Die SKM ist für die verantwortlichen Fachleute und Politiker zu einer Austauschplattform für Themen geworden, welche mit der Umsetzung der «Charta für eine nachhaltige städtische Mobilität» zusammenhängen. Am Ursprung der Charta standen die «Städteinitiativen» welche die Organisation Umverkehr in mehreren Schweizer Städten lancierte. Die Initiativen beeinflussen die Verkehrspolitik der betroffenen Städte weiterhin, weshalb die SKM 2016 eine Übersicht zu den Umsetzungsarbeiten auf den neusten Stand brachte und die Unterlagen online zur Verfügung stellte.

Übersicht zu laufenden verkehrspolitischen Entwicklungen

Zahlreiche verkehrspolitische Entscheide und Entwicklungen auf Bundesebene betreffen Städte und Agglomerationsgemeinden direkt. In zahlreichen Städten zeigen sich zudem in der politischen Debatte ähnliche Themen und vergleichbare Tendenzen. Die SKM erarbeitet deshalb auf Basis des Medien- und Politmonitorings des Städteverbandes dreimal jährlich eine Übersicht zu laufenden verkehrspolitischen Entwicklungen. Die Publikation steht exklusiv den Mitgliedern der SKM zur Verfügung.

Medienmitteilungen Verkehrssicherheit und Parkraum

2016 publizierte die SKM zwei Medienmitteilungen. Am 20. Juni 2016 forderte die SKM, dass Bund, Kantone und Städte ihre Bemühungen, den Stadtverkehr noch sicherer zu machen, intensiv fortsetzen. Am 28. November 2016 wies die SKM darauf hin, dass der aktuell sichtbare Wandel im Stadtverkehr sich auch in der Parkraumpolitik niederschlagen müsse.

Ausblick 2017

Veranstaltungen zu Elektromobilität, Tempo 30, autoarm Wohnen und Automatisierung

Die SKM wird ihren Mitgliedern 2017 mehrere Fachanlässe anbieten. Am 14. März erhalten interessierte SKM-Mitglieder Zugang zum gemeinsamen Anlass der Parlamentarischen Gruppen Kommunalpolitik und Elektromobilität zum Thema «Elektromobilität: Handlungsbedarf für Bund, Städte und Gemeinden?». Am 16. Juni 2017 ist anlässlich der Mitgliederversammlung die Diskussion rund um Tempo 30 Thema. Ende Jahr ist gemeinsam mit diversen Partnern ein Anlass zur Automatisierung im Stadtverkehr vorgesehen. Zudem sind im Rahmen von Partnerschaften Fachseminare zum autoreduzierten Wohnen in der Deutsch- und Westschweiz geplant.

Bevölkerungsbefragung Verkehrspolitik

Die 2016 ausgearbeitete Bevölkerungsbefragung zur Verkehrspolitik wird 2017 vorangetrieben und bei ausreichendem Interesse der Mitglieder durchgeführt. Die Resultate sollen vergleichbar sein und ähnlich dem existierenden «Städtevergleich Mobilität» aufbereitet werden.

Parkraum

Die SKM soll 2017 die Entwicklungen rund um Parkraumfragen weiter verfolgen. Die Resultate der Fachtagung vom 28. November 2016 werden erneut im Vorstand thematisiert. Bereits lanciert ist die Diskussion mit dem ASTRA über zahlungspflichtige Parkplätze für Motorräder. Die Zusammenarbeit mit PAWO soll fortgesetzt werden.

Elektromobilität

2013 veröffentlichte die SKM Standpunkte zur Elektromobilität. Diese sollen ausgehend von der Ende 2016 abgeschlossenen Umfrage bei SKM- und Fachgruppenmitgliedern aus dem Umfeld von Städteverband und Organisation Kommunale Infrastruktur aufdatiert werden.

Tempo 30

Die Gespräche mit dem ASTRA zur vereinfachten Anordnung von Tempo 30 sollen fortgesetzt werden. Die Diskussion unter den Mitgliedern soll 2017 Aufschluss darüber geben, ob eine stärkere Abgrenzung von siedlungs- und verkehrsorientierten Achsen im Stadtraum ein sinnvoller Lösungsansatz sein kann.

Agglomerationsprogramme, Verkehrsfinanzierung

Mit dem Städteverband hat sich die SKM in vergangenen Jahren für eine Fortsetzung der Agglomerationsprogramme Verkehr und Siedlung eingesetzt. Am 12. Februar 2017 findet die Volksabstimmung über den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds statt, der dies garantieren würde. Nach der Abstimmung wird es darum gehen, die künftige Ausgestaltung der Programme auf Verordnungs- und Weisungsebene zu begleiten.

Velopolitik

2015 beschloss die SKM die Ja-Parole zur Veloinitiative. Zahlreiche Mitglieder äusserten sich Ende 2016 im Rahmen der Vernehmlassung zum bundesrätlichen Gegenvorschlag positiv zur Initiative wie zum Gegenvorschlag. Die SKM wird sich auch 2017 in die Debatte um die Rolle des Bundes in der Velopolitik einbringen.

Organe

Präsidentin

Ursula Wyss Gemeinderätin Bern

Vizepräsidentin

Christine Gaillard Conseillère communale Neuchâtel

Vorstand

Patrizia Adam Stadträtin St. Gallen
Adrian Borgula Stadtrat Luzern
Filippo Leutenegger Stadtrat Zürich
Rémy Pagani Conseiller administratif Ville de Genève
Hans-Peter Wessels Regierungsrat Basel-Stadt
Renate Amstutz Direktorin Schweizerischer Städteverband (Beisitz)

Geschäftsführung

Roman Widmer Leiter Verkehrspolitik Schweizerischer Städteverband

Geschäftsstelle

Susanne Gasser Leiterin Finanzen und Personal Schweizerischer Städteverband
Maja Münstermann Administration Schweizerischer Städteverband

Kommentar zur Rechnung 2016 und zum Budget 2017

- Anlässe: Der budgetierte Aufwand konnte deutlich unterschritten werden. Diese vor allem dank der Stadt Bern, welche anstelle der SKM einen grosszügigen Beitrag an das PAWO-Fachseminar vom 18. Oktober 2016 in Bern-Bümpliz leistete. Um auch 2017 wieder Anlässe im üblichen Rahmen anbieten zu können, soll der Budgetrahmen beibehalten werden.
- Webseite: Wie budgetiert fielen für CMS und Online-Auftritt 2016 nurmehr Betriebskosten an. Der Ertrag von CHF 714.55 ist wie folgt zu begründen: Im 2015 verbuchten Betrag für die Überarbeitung von CMS und Webseite war ein dem Städteverband geschuldeter Gemeinkostenanteil eingerechnet. Im Februar 2017 beschloss der Städteverband definitiv, diesen nicht zu verrechnen.
- Übersetzungen: Die Übersetzungskosten unterliegen Schwankungen, etwa im Zusammenhang mit dem Umfang der Vorstandsunterlagen. 2016 hat der Umfang der Übersetzungen erneut zugenommen. Das rechtfertigt eine Erhöhung des Budgetrahmens für das Jahr 2017.
- Medienmitteilungen: 2016 wurden zwei Medienmitteilungen veröffentlicht (Anlass Verkehrssicherheit, Positionen Parkraum). Für das Jahr 2017 ist keine Änderung zu erwarten, das Budget sieht einen angemessenen finanziellen Handlungsspielraum vor.
- Studien: Wie vom Vorstand geplant, lancierte die SKM 2016 ein Projekt, das die aktuell in verschiedenen Städten durchgeführten Bevölkerungsbefragungen verkehrspolitisch vertiefen und zusätzlichen Städten zugänglich machen soll. 2016 fielen die Arbeiten am Projekt intern an, so dass vorderhand keine externen Kosten entstanden. Die budgetierten Mittel können deshalb einer neuen Rückstellung für Studien zugeführt werden, um die Kosten von (grösseren) Studien über mehrere Jahre der Jahresrechnung zu belasten und die notwendigen Mittel zur Verfügung zu haben. Die Rückstellung soll die Zielgrösse von maximal CHF 150 000.- nicht überschreiten. Gemäss diesem Mechanismus kann künftig jedes Jahr ein Betrag für Studien budgetiert werden. Wird dieser nicht für ein aktuelles Projekt verwendet, kann der nicht verwendete Betrag (sofern das Jahresergebnis einen Gewinn ausweist) der Rückstellung zugeführt werden. Da das Budget dies zulässt, können 2017 CHF 10 000.- zurückgestellt werden.
- Jahresbericht: Der Jahresbericht erschien auch 2016 ausschliesslich als für den online-Abwurf aufbereitetes pdf-Dokument. Deshalb blieben die Kosten tief.
- Geschäftsführung: Der Städteverband rechnet für das kommende Jahr nicht mit zusätzlichem Aufwand für die Geschäftsführung, weshalb die Entschädigung des Mandats nicht angepasst werden muss.

Erfolgsrechnung per 31.12.2015 und 31.12.2016, Budget 2016 und 2017

	Rechnung 2016 CHF	Rechnung 2015 CHF	Budget 2016 CHF	Budget 2017 CHF
ERTRAG				
Mitgliederbeiträge	84 000.00	80 000.00	84 000.00	84 000.00
Zinsen	0.00	10.60	0.00	0.00
TOTAL ERTRAG	84 000.00	80 010.60	84 000.00	84 000.00
AUFWAND				
Anlässe	8 987.00	10 745.65	13 000.00	13 000.00
Website	-714.55	4 688.65	500.00	500.00
Diverse Fremdarbeiten	0.00	0.00	300.00	300.00
Übersetzungskosten	9 841.00	7 486.80	8 000.00	9 000.00
Medienmitteilungen	1 166.40	1 166.40	1 500.00	1 500.00
Factsheets	0.00	4 799.90	2 000.00	2 000.00
Studie	35 000.00	0.00	35 000.00	10 000.00
Jahresbericht	583.20	583.20	800.00	800.00
Geschäftsstelle	34 925.00	34 925.00	34 925.00	34 925.00
Drucksachen	0.00	97.20	250.00	250.00
Revisionsstelle	864.00	842.40	900.00	900.00
TOTAL AUFWAND	90 652.05	65 335.20	97 175.00	73 175.00
TOTAL ERTRAG	84 000.00	80 010.60	84 000.00	84 000.00
VERLUST (-) / GEWINN (+)	-6 652.05	14 675.40	-13 175.00	10 825.00

Vermögensrechnung per 31.12.2016

	Rechnung 2016 CHF	Rechnung 2015 CHF
AKTIVEN		
UMLAUFVERMÖGEN		
Flüssige Mittel		
Postkonto	177 612.05	160 700.10
	177 612.05	160 700.10
Forderungen aus Lieferungen / Leistungen	1 260.00	450.00
Übrige kurzfristige Forderungen		
SSV Bern KK	1 420.50	90.00
	1 420.50	90.00
TOTAL UMLAUFVERMÖGEN	180 292.55	161 240.10
BILANZSUMME	180 292.55	161 240.10
PASSIVEN		
FREMDKAPITAL		
Verbindlichkeiten		
aus Lieferungen / Leistungen	44 766.00	49 761.50
Passive Rechnungsabgrenzung	900.00	5 200.00
Rückstellung Studien	35 000.00	0.00
TOTAL FREMDKAPITAL	80 666.00	54 961.50
EIGENKAPITAL		
Eigenkapital		
Vermögen 01.01.	106 278.60	91 603.20
Jahresgewinn	-6 652.05	14 675.40
TOTAL EIGENKAPITAL	99 626.55	106 278.60
BILANZSUMME	180 292.55	161 240.10

Bericht der Revisionsstelle

**BLASER
TREUHAND
BERN**

Städtekonferenz Mobilität
Sektion des
Schweizerischen Städteverbandes
Monbijoustrasse 8
3001 Bern

BLASER TREUHAND AG
SCHWARZENBURGSTR. 265
CH-3098 KÖNIZ BERN

Telefon 031 372 11 11
Telefax 031 371 45 18
btb@treuhandbern.ch
www.treuhandbern.ch

Köniz, 28. Februar 2017

Bericht der Revisionsstelle zur Eingeschränkten Revision

An die Mitgliederversammlung der Städtekonferenz Mobilität, Sektion des
Schweizerischen Städteverbandes

Als Revisionsstelle haben wir die Jahresrechnung (Bilanz und Erfolgsrechnung) der
Städtekonferenz Mobilität, für das am 31. Dezember 2016 abgeschlossene
Geschäftsjahr geprüft.

Für die Jahresrechnung ist der Vorstand verantwortlich, während unsere Aufgabe
darin besteht, die Jahresrechnung zu prüfen. Wir bestätigen, dass wir die
gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Zulassung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Revision erfolgte nach dem Schweizer Standard zur Eingeschränkten
Revision. Danach ist diese Revision so zu planen und durchzuführen, dass
wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung erkannt werden. Eine
Eingeschränkte Revision umfasst hauptsächlich Befragungen und analytische
Prüfungshandlungen sowie den Umständen angemessene Detailprüfungen der bei
der geprüften Einheit vorhandenen Unterlagen. Dagegen sind Prüfungen der
betrieblichen Abläufe und des internen Kontrollsystems sowie Befragungen und
weitere Prüfungshandlungen zur Aufdeckung deliktischer Handlungen oder anderer
Gesetzesverstösse nicht Bestandteil dieser Revision.

Bei unserer Revision sind wir nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir
schliessen müssten, dass die Jahresrechnung nicht Gesetz und Statuten entspricht.

Blaser Treuhand AG


Urs Blaser
dipl. Experte in
Rechnungslegung
und Controlling
Leitender Revisor
Revisionsexperte



Dr. Michael Blaser
dipl. Math. ETH
dipl. Wirtschaftsprüfer

Beilage Jahresrechnung 2016

URS BLASER
dipl. Experte
in Rechnungslegung
und Controlling

CHRISTIAN FLURY
dipl. Wirtschaftsprüfer

JURG ZAHLER
dipl. Experte
in Rechnungslegung
und Controlling

Mitglied des Schweizerischen
Treuhanderverbandes
TREUHAND | SUISSE

Die Mitgliedstädte der Städtekonferenz Mobilität

Aarau	Neuenburg
Basel	Nyon
Bern	Onex
Biel	Schaffhausen
Chiasso	Schlieren
Freiburg	St. Gallen
Genf	Winterthur
Köniz	Zürich
Lausanne	
Luzern	
Montreux	(Stand 1. Januar 2017)

Weitere Städte, welche die «Charta für eine nachhaltige städtische Mobilität» ratifiziert haben, aber nicht Mitglied der Städtekonferenz Mobilität sind

Baar	Monthey
Bulle	Morges
Burgdorf	Moutier
Carouge	Münsingen
Chur	Murten
Delsberg	Muttenz
Emmen	Olten
Gland	Payerne
Gossau	Rapperswil-Jona
Herisau	Renens
Ittigen	Riehen
Kloten	Thun
Kreuzlingen	Val-de-Travers
La Chaux-de-Fonds	Vevey
La Tour-de-Peilz	Wettingen
Lancy	Wohlen
Langenthal	Yverdon-les-Bains
Le Locle	

Herausgeber

Städtekonferenz Mobilität
 Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern
 Telefon +41 31 356 32 32, info@skm-cvm.ch, www.skm-cvm.ch

Titelbild

«Urban – Raum – Mensch», Rolf Siegenthaler, Bern (im Auftrag des SSV)

Layout

Atelier KE, Meiringen